

Auslaufen der pauschalen Reisewarnung durch die Bundesregierung: Ein erster richtiger Schritt, doch Weitere müssen dringend realisiert werden

Zahlen und Studien zum Coronavirus wie die des Robert Koch-Institutes (RKI) demonstrieren deutlich, wie extrem unterschiedlich sich das Infektionsgeschehen in einzelnen Ländern, sogar Regionen, entwickelt. Entsprechend unternimmt die Bundesregierung nun den ersten richtigen Schritt, indem sie die stark in der Kritik stehende pauschale Reisewarnung außerhalb Europas zum 1. Oktober 2020 auslaufen lässt. Doch diese Entscheidung allein bringt keine wirkungsvollen Resultate.

Innerhalb Europas wird eine differenzierte Beurteilung auf Grund des tatsächlichen Infektionsgeschehens umgesetzt, diese fehlt jedoch im Hinblick auf Drittstaaten. Somit besteht derzeit eine unverhältnismäßige pauschale Reisewarnung für über 80 Prozent der weltweiten Reiseziele. De facto kommt dies einer Lahmlegung des Interkontinentalverkehrs gleich. Vor diesem Hintergrund schlägt die Bundesregierung mit ihrer Entscheidung, die pauschale Reisewarnung für Drittstaaten durch individuelle Regelungen zu ersetzen, zaghaft den richtigen Kurs in Richtung Erholung der Wirtschaft und Regenerierung der Mobilität ein. Dieser Kurs muss nun jedoch konsequent weiter angesteuert werden, sonst werden die Bemühungen ohne jede Wirkung bleiben.

Die Unterscheidung des Infektionsgeschehens nach Ländern ist ein überfälliges, aber längst nicht ausreichendes Vorhaben und muss nun dringend nach Risikoregionen oder -gemeinden weiter ausdifferenziert werden. Betrachtet man beispielsweise die USA, welche pauschal als Risikogebiet ausgewiesen wird, liegt das Infektionsgeschehen in einigen wichtigen Bundesstaaten deutlich unterhalb der 50 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner (in den letzten sieben Tagen). Folglich sind individuelle Reisewarnungen für Drittstaaten richtig, in ihrer Differenzierung aber nicht tiefreichend genug. Darüber hinaus ist eine Verschärfung der pauschalen Quarantänepflicht, wie derzeit von der Bundesregierung geplant, schädlich für die Wirtschaft und Mobilität. Eine klar definierte und effizientere Teststrategie ist hingegen das Mittel der Wahl. Nur in dieser Verknüpfung kann ein nachhaltiger Effekt auf die deutsche und europäische Wirtschaft, den Geschäftsreiseverkehr und die betroffenen Arbeitnehmer erzielt werden. Dies muss die Bundesregierung jetzt realisieren.